



Der Augenzeuge

„Traditionell wenige“

Der Informatiker **André René Gefken**, 39, war Wahlvorsteher im Ortsteil Tenever bei der Bremer Bürgerschaftswahl. Nur 50 Prozent der Bremer stimmten ab, eine niedrigere Beteiligung gab es noch nie bei einer westdeutschen Landtagswahl. In Gefkens Wahllokal lag die Quote noch weit darunter: bei 25,6 Prozent.

„Seit 20 Jahren bin ich als Wahlhelfer tätig. Dies war meine dritte Abstimmung als Wahlvorsteher, immer in der Grundschule Andernacher Straße in Tenever. Am Sonntag trafen wir uns um halb acht: ich als Wahlvorsteher, ein Stellvertreter, ein Schriftführer und drei weitere Wahlhelfer. Mindestens fünf Leute müssen da sein, sonst dürfen wir die Wahl nicht eröffnen. Zwischen neun und elf Uhr kamen einige Wähler, über Mittag war es dann sehr ruhig. Die zweite Stoßzeit war nach dem Nachmittagskaffee zwischen 15 und 17 Uhr. Da unterschied sich diese Wahl nicht von anderen. Nach 17 Uhr tauchte kaum noch jemand auf. Es zeichnete sich früh ab, dass die Beteiligung dieses Mal sehr niedrig sein würde. Ich hatte vorher mit ungefähr 35 Prozent gerechnet, aber selbst das war zu hoch.“

In Tenever gehen traditionell wenige wählen. Viele fühlen sich mit ihren Problemen von der Politik nicht verstanden oder wissen nicht, wem sie vertrauen können. Andere verstehen das System nicht und haben keine Kenntnis davon, dass selbst die Abgabe eines leeren Stimmzettels sinnvoll ist. Das Bewusstsein, dass es in jedem Fall gut ist, zur Wahl zu gehen, das fehlt. Und das enttäuscht mich. In anderen Stadtteilen gibt es Informationsveranstaltungen, in denen erklärt wird, wie man wählt und warum Wählen wichtig ist. Hier gibt es das nicht. In Tenever leben viele mit Migrationshintergrund. Ich glaube, wenn man den Menschen hier das Prinzip der Wahl vorher erklären würde, gingen auch mehr hin. Die Stimmung unter uns Wahlhelfern war trotzdem gut. Man kommt ins Gespräch, und die Leute erzählen von sich. Und da so wenige zum Wählen kamen, hatten wir auch die Zeit dafür.

Nachdem wir das Wahllokal geschlossen hatten, haben wir die Stimmen ausgezählt und die Zettel wieder in die Urnen gepackt. Die SPD hat hier rund 34 Prozent geholt, die CDU 24 Prozent, die Linke 22 Prozent. Die Grünen lagen bei rund 7 Prozent, die FDP und AfD jeweils unter 5 Prozent. Die Urnen hat dann ein Beauftragter vom Amt abgeholt. Danach war Feierabend, um Viertel vor neun war ich zu Hause.“

Aufgezeichnet von Jasper Ruppert

Verkehr

Das Geld liegt auf der Straße

Mehrere Bundesländer wehren sich gegen Pläne der Regierung, Verkehrsinfrastrukturgesellschaften für Bund und Kommunen zu gründen. Die Gesellschaften wären für den Straßenbau und -betrieb zuständig. Die Finanzierung soll über Mautgebühren und Fonds, an denen sich auch Versicherungen beteiligen könnten, und Öffentlich-privaten Partnerschaften erfolgen. „Die verkorkste Bahnprivatisierung müsste uns Warnung genug sein“, sagt NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD). Er

fürchtet eine „Filetierung des Straßennetzes“, da sich private Geldgeber die lukrativsten Strecken herausuchten; Gebühren- und Steuerzahler hätten die Renditen der Investitionen sicherzustellen. Groschek plädiert dafür, die öffentliche Infrastruktur überwiegend aus Steuermitteln zu finanzieren. Auf seinen Vorschlag soll Exbundesverkehrsminister Kurt Bodewig (SPD) zwischen Bund und Ländern vermitteln, um bis zur nächsten Verkehrsministerkonferenz in fünf Monaten eine Einigung zu erzielen. Neben vielen Gewerkschaften stehen auch Baden-Württemberg und Niedersachsen dem Vorhaben kritisch gegenüber. bas

Termingarantie
Ärzte in Sorge

Die Bundesärztekammer warnt vor Datenschutzproblemen durch die geplante Garantie für Termine bei Fachärzten. Gesetzlich Versicherte sollen künftig ein Gespräch mit einem Facharzt binnen vier Wochen einfordern können. Dazu müssen die Kassenärztlichen Vereinigungen sogenannte Termin-Servicestellen einrichten. Private Unternehmen wie die Bertelsmann-Tochter Arvato haben bereits angeboten, den Aufbau dieser Online- und Telefondienste zu übernehmen. In einer Resolution des

Ärztetages warnt die Landesvertretung nun, dass aus einer Verlagerung der Terminvergabe auf kommerzielle Anbieter „unmittelbar ein erhebliches Datenschutzproblem“ resultiere. Privatunternehmen hätten möglicherweise ein Interesse „auch an der Sammlung, Verarbeitung und dem Verkauf von Krankheitsdaten der Patienten“. Das Bundesgesundheitsministerium geht hingegen davon aus, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen „den vollen Schutz der Patientendaten“ sicherstellen. Anbieter wie Arvato erklären, sie hielten sich streng an alle Datenschutzvorgaben. cos

Universität Konstanz
Ehrliche Studenten

Der Rektor der Universität Konstanz kritisiert einen Professor für dessen Auslassungen über Studenten. Die Aussagen des Biologen Axel Meyer in der „Frankfurter Allgemeinen“ Mitte April seien „haltlos und diffamierend“, schreibt Ulrich Rüdiger in einem vierseitigen Rundbrief an seine Hochschullehrer. Meyer hatte nach einem Einbruchversuch in sein Büro geschrieben, es werde bei Klausuren „so oft geschummelt, dass sich die

Balken biegen“. Außerdem seien Studenten verwöhnt: Ihnen werde „der Hintern gepudert und mit viel Fürsorge und Verständnis jede Faulheit und Inkompetenz vergeben“. Rüdiger stellt nun klar, es gebe keine Hinweise darauf, dass die „Straftat in direktem Zusammenhang mit studentischem Verhalten“ stehe. Außerdem habe eine Prüfung unter „Heranziehung von Schriftproben“ ergeben, dass eine Studentin – anders als von Meyer vermutet – zwei sehr unterschiedlich benotete Klausuren selbst geschrieben habe. fri

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT